



Samuel Beuttler

Existiert der Wahlzyklus in Zeiten der großen Koalition unter Merkel?

Einfluss der Popularität
der Bundesregierung auf die
Landtagswahlen in Deutschland
zwischen 2005 und 2009

LESEPROBE



PETER LANG

Einleitung- und Abgrenzung

„Bayern wird frei bleiben und Deutschland wird vom Marxismus wieder befreit werden“ (Franz Josef Strauß 1974).

Mit dieser Parole betonte Franz Josef Strauß, welcher 1974 wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, die Bedeutsamkeit der bayrischen Landtagswahl am 27. Oktober 1974 für die Bundesrepublik Deutschland. Sichtbar wird, dass die Auswirkungen von Wahlen auf der Landesebene für die Bundespolitik schon früh im Fokus standen. Die Folgen können vielfältig sein: Sie können Bundesregierungen bestätigen oder unter Druck setzen. Aufgrund von Landtagswahlen wurden bereits Kanzlerkandidaten gekürt, welche später erfolgreich zum Bundeskanzler gewählt¹ wurden, oder sie führten zu Neuwahlen im Bund². Letztendlich wirken sich die Landtagswahlen auf die bundespolitisch wichtige Zusammensetzung des Bundesrates, der „zweiten Kammer“ der Bundesrepublik, aus.

Der Begriff „Politikverflechtung“ (Decker & von Blumenthal 2002: 144) beschreibt das Verhältnis der beiden Ebenen sehr gut, denn auch umgekehrt wirkt sich die Bundespolitik auf Landtagswahlen aus. So meinte beispielsweise der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, dass die Verluste seiner Partei bei den Wahlen zum saarländischen Landtag „herzlich wenig mit Landespolitik und eher mit bundespolitischen Rahmenbedingungen zu tun“ hätten.³ Die Ergebnisse der Landtagswahlen werden somit oft als „Zwischenzeugnis“ (Hilmer 2008: 93), „Quasi- bzw. Pseudo-Plebisitz“ (Fabritius 1978: 164) oder als „Wetterfahne“ (Decker & von Blumenthal 2002: 165) für die Popularität der Bundesregierung bezeichnet.

Reiner Dinkel (1977) konnte als erster empirisch zeigen, dass die Parteien der Bundesregierung nach einem gewissen Muster bei den Landtagswahlen verlieren: Je weiter weg eine Landtagswahl zeitlich von einer Bundestagswahl stattfindet, umso stärker sind die Verluste. Dieser u-förmige Verlauf wird als Wahlzyklus bezeichnet. Weitere Arbeiten bestätigten diesen Verlauf (Burkhart 2005, 2008), wobei dessen Existenz nach der Wiedervereinigung 1990 umstritten ist (vgl. Völkl 2009; Hough & Jeffery 2003; Decker & von Blumenthal 2002;

1 Aufgrund der Landtagswahl am 1.03.1998 wurde der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zum Kanzlerkandidaten der SPD gewählt.

2 Aufgrund des Verlustes der Regierungsmehrheit von SPD und Bündnis 90/die Grünen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22.05.1998, stellte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Bundestag die Vertrauensfrage. Nachdem dieser ihm das Vertrauen entzogen hatte, rief Bundespräsident Horst Köhler Bundestagsneuwahlen aus.

3 <http://www.sr-online.de/nachrichten/2734/956024.html>

Burkhart 2005). Als Erklärung für diesen Wahlzyklus wird neben anderen Faktoren oft der ebenfalls zyklische Verlauf der Popularität der Bundesregierung herangezogen (Dinkel 1977; Burkhart 2005, 2008). Dagegen behauptet Vökl, dass der Einfluss der Bundespolitik bei jeder Landtagswahl anders sei (2007: 490).

Die zentrale Fragestellung meiner Arbeit bezieht sich auf die Landtagswahlen, welche in der Legislaturperiode der großen Koalition von 2005 bis 2009 stattfanden.

Die Frage ist: Kommt es in dieser Zeit zu einem zyklischen u-förmigen Verlauf der Verluste der Bundesregierungsparteien bei Landtagswahlen über die Legislaturperiode hinweg? Die Annahme ist, dass die Popularität der Bundesregierung diesen Wahlzyklus beeinflusst. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Erklärungsansätze auf ihre Gültigkeit getestet.

Zunächst gehe ich ausführlich auf den internationalen Forschungsstand ein. Dabei konzentriere ich mich vor allem auf verschiedene Theorien, welche die Verluste der Partei des US-Präsidenten bei den Midterm-Wahlen erklären. Zusätzlich werden Ansätze, welche das Abschneiden der Regierungen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament untersuchen, berücksichtigt. Da diese Erklärungen den Grundstock bilden, auf dem die deutschen Untersuchungen zum Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlen aufbauen, zeige ich jeweils deren Implikationen für das deutsche System auf.

Im nächsten Abschnitt fasse ich die bisherigen deutschen Studien zu dieser Thematik zusammen und diskutiere sie kritisch. Die derzeitige Literatur legt den Fokus vor allem auf den Einfluss der ökonomischen Situation, der Wahlbeteiligung bzw. der Popularität der Regierung auf die Landtagswahlergebnisse der Regierungs- bzw. Oppositionsparteien von 1949 bis 2005. Zudem wird betrachtet, ob sich der Wahlzyklus vor und nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 unterscheidet.

Mein Hauptteil bildet die empirische Untersuchung der 16 Landtagswahlen, welche innerhalb der Legislaturperiode der großen Koalition von 2005 bis 2009 stattfanden. Dabei untersuche ich, ob die an der Bundesregierung beteiligten Parteien bei diesen Wahlen auf der Länderebene verloren haben, und wenn ja, ob diese Verluste zeitlich gesehen nach einem u-förmigen Zyklus verlaufen. Zudem analysiere ich den Einfluss der Popularität der Bundesregierung bzw. der Wahlbeteiligung auf diese Landtagswahlen. Des Weiteren wird untersucht, ob die gesamtwirtschaftliche Lage bzw. die Beliebtheit der Bundeskanzlerin Angela Merkel Faktoren sind, welche wiederum die Popularität der Bundesregierung beeinflussen. Somit betrachte ich ausschließlich Einflussfaktoren auf der Makro- oder Aggregatebene. Untersuchungen von Individualdaten, um diesbezüglich

das Wählerverhalten zu erforschen, sind für meine Arbeit nicht relevant. Am Ende des Hauptteils werden noch methodische Probleme aufgezeigt.

Im letzten Kapitel fasse ich die Ergebnisse zusammen und verifiziere bzw. falsifiziere bisherige Theorien. Zudem gehe ich kurz auf die bundespolitischen Folgen der Landtagswahlen für die Regierungskoalition, für einzelne Politiker und für die Zusammensetzung des Bundesrates ein. Zudem gebe ich einen Ausblick für das zukünftige Abschneiden der derzeitigen schwarz-gelben Bundesregierung bei Landtagswahlen. Letztendlich zeige ich mögliche weitere Forschungsfelder für die Zukunft auf.

Wählen

Eine Demokratie ohne Wahlen ist undenkbar. Wahlen „sind die Methode politischer Herrschaftsbestellung, welche die der Herrschaft unterworfenen Bürger in einem auf Vereinbarung beruhenden, formalisierten Verfahren (nach Spielregeln) periodisch an der Erneuerung der politischen Führung (durch Auswahl und Wahlfreiheit zwischen konkurrierenden Sach- und Personalalternativen) beteiligt“ (Nohlen & Schultze 2004: 1088). In Anlehnung an den Ansatz von Reif & Schmitt (1980) kann generell zwischen zwei Arten von Wahlen unterschieden werden: Die erste Gruppe stellen die Wahlen auf der nationalen Ebene für die erste Kammer bzw. für das nationale Parlament in einem parlamentarischen Zwei-Kammern-System und die Präsidentschaftswahlen im Präsidentialismus dar. Auf der anderen Seite sind die Wahlen zur zweiten Kammer, in föderalen Staaten lokale Provinz- bzw. Landtagswahlen, in Westminster-Demokratien die „by-elections“, in präsidentiellen Systemen die Midterm- oder Zwischen-Wahlen in einer zweiten Gruppe zusammenzufassen. Zu dieser zweiten Gruppe zählt Reif und Schmitt (1980) auch die Wahlen zum Europäischen Parlament. Zur Unterscheidung wird die erste Gruppe als „Wahlen für die erste Ebene“ und die zweite Gruppe „Wahlen für die zweite Ebene“ bezeichnet.

Die „by-elections“ oder Nachwahlen finden „in Systemen der Mehrheitswahl (in Einerwahlkreisen) bei Vakanzen, z.B. aufgrund von Rücktritt, Tod, Mandatsverlust der Mandatsinhaber, statt“ (Nohlen & Schultze 2004: 569). Großbritannien ist ein Beispiel für dieses Wahlsystem.

In den USA finden in der Mitte der Amtszeit des Präsidenten Midterm-Wahlen statt. Bei diesen Halbzeitwahlen und bei den Präsidentschaftswahljahren wird das Repräsentantenhaus und ein Drittel der Senatoren gewählt. In den meisten Bundesstaaten werden alle vier Jahre gleichzeitig mit den Midterm-Wahlen die Gouverneure, die Legislativen in den Staaten und die Bezirksverwaltungen gewählt.

In vielen demokratisch föderalen Staaten finden die Wahlen auf verschiedenen Ebenen an unterschiedlichen Zeitpunkten statt (Dinkel 1989: 253). So wird in der föderalistischen Präsidialdemokratie Argentinien zum Beispiel der Präsident, welcher Regierungschef und Staatsoberhaupt zugleich ist, alle vier Jahre in einem oder, falls nötig, in zwei Wahlgängen direkt gewählt. Diesem steht der Kongress, welcher sich aus dem Senat und der Abgeordnetenkammer zusammensetzt und die Legislative darstellt, gegenüber. Er wird meist in allen Provinzen zu unterschiedlichen Zeitpunkten gewählt.

In der Bundesrepublik Deutschland finden die einzelnen Landtagswahlen meist zeitlich versetzt statt, da die jeweiligen Bundesländer zu unterschiedlichen

Zeitpunkten gegründet wurden. Zudem variieren die Legislaturperioden auf Landesebene zwischen 4 und 5 Jahren. So ist es eher die Ausnahme, dass Bundestags- und Landtagswahlen auf ein gemeinsames Datum fallen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden seit 1979 in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union alle fünf Jahre bis auf wenige Ausnahmen zeitgleich an einem Datum statt.

Die Wahlen der zweiten Ebene gelten oft als Gradmesser für die meist sinkende Popularität der nationalen Regierungs- und Oppositionsparteien zwischen zwei Wahlen auf der ersten Ebene während der Legislaturperiode (Decker & von Blumenthal 2002). In vielen empirischen Studien ist nachgewiesen, dass sich diese abnehmende Popularitätswerte in entsprechenden Ergebnissen bei Wahlen der zweiten Ebene in diesen vielen verschiedenen Ländern widerspiegeln.